

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Peritzelle 40 Pf. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Frühlingshoffen.

Wie der Frühlingssturm durch die Lande braust und allüberall schaffende Kraft aus dem Winterschlaf erweckt, so rüttelt ein soziales Kulturideal die Volksseele aus bösen, matten Träumen. Sie ist wach geworden und lebendig und frühlingsfroh. Winternacht und Densonne haben miteinander gerungen — eijige Reaktion und spritzender Fortschritt. Es hat in stürmischer Zeit auch sonnige Tage gegeben und mit den ersten Blumen und Grasshalmen sind in tausend Menschenherzen bunte, lebensfrohe Hoffnungen erstanden. Auch die Volksseele hat so ihre Stunden der Freude gefeiert. Kleine, bescheidene, aber vielversprechende Erfolge haben heißes Ringen und Zagen gekostet; ihr — der Volksseele — Frühling gleicht ganz dem der Natur.

### Unterstützung für Aussehtage?

Im Leitartikel der vorigen Nummer unseres Organes haben wir die Auswüchse des Unterstützungsbeschlusses im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband etwas näher unter die Lupe genommen. Im Hand der eigenen Darlegungen des Stuttgarter Verbandsvorstandes in Nr. 11 der „Met.-Btg.“ auch gleichzeitig schon nachgewiesen, daß die dort eingetragenen Zustände unhaltbar geworden sind und dringend der Abhilfe bedürfen. Gemäß den Anträgen des sozialdemokratischen Verbandsvorstandes soll der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben durch folgende Änderungen stattfinden:

1. in der Verlängerung der Aufrechnungszeit,
2. in der Verlängerung der Steigerungsfristen,
3. in der Aufhebung der Unterstützung beim Aussehen mit der Arbeit,
4. im Schutz vor gewohnheits- und gewerbsmäßigen „Kassentrübungen“.

Die geplante Abschaffung der Unterstützung für Aussehen mit der Arbeit verdient es, von uns eingehender betrachtet zu werden. Ist sie es doch, mit der die sozialdemokratischen großen und kleinen Agitatoren die wildeste Schmutzkonkurrenz gegen unsern Verband betreiben. In manchen Orten haben es die Hirsch-Duncker nicht besser getrieben, da sie es den Sozialdemokraten mit dieser Wockspitze gleichstun, sie verschiedentlich sogar noch überboten wollten. Weil unser Verband diese Unterstützungsart nicht statutarisch eingeführt hat, glaubten die Gegner, ihn an dieser Stelle packen und ihm das Wasser abgraben zu können.

Nunmehr kommt aber der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes und beantragt in Nr. 11 der „Met.-Btg.“ selbst die Abschaffung dieser Unterstützung. Die angeführte Begründung deutet sich vollständig mit den Argumenten, die unserm Verbands stets für die Ablehnung dieser Unterstützung maßgebend gewesen sind. Wiederum eine Bestätigung für die Richtigkeit der von uns eingeschlagenen Taktik. Hören wir zunächst einmal, was der sozialdemokratische Verbandsvorstand als Begründung für die Abschaffung der Unterstützung bei Aussehtagen ins Feld führt:

„Die Aufhebung der Bestimmung des § 10 Abs. 7, der vom Aussehen mit der Arbeit handelt, rechtfertigt sich zum Teil aus dem oben angeführten. Als feinerzeit der Vorstand auf der Generalversammlung in Halle die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beantragte, rechnete er nicht mit der Unterstützung für Aussehen. Die Generalversammlung faßte einen solchen Beschluß ebenfalls nicht. Dies geschah vielmehr erst später auf der Generalversammlung in Berlin unter Ablehnung des Antrags des Vorstandes, der das Aussehen nur dann bezahlen wollte, wenn es 14 Tage hintereinander währte. Die für die damalige Stellung des Vorstandes gegebene Begründung trifft auch heute noch zu.“

Das Aussehen kann als Arbeitslosigkeit im Sinne des Statuts nicht betrachtet werden, weil es gewöhnlich ein freiwillige oder unfreiwillige Beschäftigung zwischen Unternehmer und Arbeiter darstellt. Der Unternehmer

sagt, ich habe für mich nichts zu tun, möchte sich aber nicht entlassen, du kannst vielmehr aussetzen. Der Arbeiter ist je nach der Stellung, die er bei dem Unternehmer hat, damit einverstanden. Er ist wohl während des Aussehens zeitweilig arbeitslos, aber durchaus noch nicht in allen Fällen erwerbslos. Letzteres ja nur in den Fällen, wo er volle Wochen aussetzen muß. In den Fällen, wo es sich um einzelne Tage in der Woche handelt, hat er in den Tagen, wo er arbeiten kann, immer noch einen Verdienst, er kann daher höchstens von einer Schmälerung seines Verdienstes, von einem Minderverdienst sprechen. Die Unterstützungsbeschreibungen des Verbandes und besonders die Erwerbslosenunterstützung ist, wie ihr Name besagt, eine Unterstützung für völligen Verdienstaussfall, nicht aber eine Unterstützung bei Verdienstverminderung. Das Aussehen der Arbeit stellt in den meisten Fällen eine Verdienstverminderung dar und kann deswegen nach dem Sinne und Wortlaut des Statuts als Erwerbslosigkeit nicht in Betracht kommen, abgesehen von den Fällen, wo die volle Woche ausgesetzt werden muß. In diesen Fällen kann es aber auch unbedenklich nach den übrigen Bestimmungen des Statuts als Erwerbslosigkeit behandelt werden, ohne daß dadurch eine Gefahr für den Verband besteht. Die Unterstützungszahlung beim Aussehen für einzelne Tage stellt eine unbilligste Behandlung der Mitglieder dar. Diejenigen Mitglieder, die in der Woche nur halbe Tage arbeiten, erhalten, da nach dem Statut halbe Tage nicht in Anrechnung gelangen, keine Unterstützung, während diejenigen, die nur einen ganzen Tag in der Woche aussetzen, trotzdem sie schließlich einen höheren Verdienst als wie die ersteren haben, Unterstützung beanspruchen können, sobald dies Aussetzen über eine Woche dauert. In beiden Fällen liegt kein vollständiger Verdienstaussfall, sondern nur eine Verdienstverminderung vor. In einem Falle wird unterstützt, in dem andern nicht.

Die Unterstützung bei Verdienstverminderung ist im Verband eine ganz neue Unterstützungsart, die nicht nur den davon betroffenen Mitgliedern, sondern auch den Unternehmern zugute kommt. Abgesehen von einigen Spezialbranchen haben in der Mehrzahl der Fälle die Unternehmer ein Interesse am Aussehen, weil sie sich dadurch ihre Arbeiter erhalten. Die aussehenden Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung beanspruchen, melden sich täglich zur Kontrolle, sind aber von der Verpflichtung, irgendwo ihnen angebotene Arbeit anzunehmen, entbunden. Sie legen auf diese Freiheit großen Wert im Interesse der Erhaltung ihres bisherigen Arbeitsplatzes und beanspruchen sonach Rechte vom Verband, ohne die von ihm vorgezeichneten Pflichten zu übernehmen. Wollte man diese Unterstützung bei Verdienstverminderung des Verdienstes als Verbandsunterstützung einführen, so müßte man sie konsequenterweise auch denjenigen geben, denen während der Krise oder Arbeitsmangels vom Unternehmer die Löhne gekürzt werden. Auch diese haben eine Verdienstverminderung. In dem einen wie in dem anderen Fall entscheidet der Unternehmer aus Zweckmäßigkeitsgründen, ob er aussetzen lassen oder eine Lohnherabsetzung vornehmen will. Eine Unterstützung bei Verdienstverminderung bedeutet also nicht mehr und nicht weniger als Übernahme eines Teiles des dem Unternehmer zufallenden Risikos auf die Gewerkschaft.

Jeder vernünftige Gewerkschaftler, der dem trafen Egoismus noch nicht ganz verfallen ist, wird diesen Ausführungen nur zustimmen können. Gerade diese Unterstützung für Aussehen hat in den Gegenorganisationen die schlimmste Entartung genommen und die widerlichste Schmutzkonkurrenz gezeitigt. Mehrere Gruppen unseres Verbandes haben sich selber durch die Konkurrenz auf den falschen Weg drängen lassen. In erster Linie Sch. W. G. m. i. n. d. und W. f. e. n. Leere Lokalkassen oder Unterbilanz am Jahresschluß ist die Folge davon gewesen. Noch schlimmer wie das aber ist die damit verbundene Verflachung des Gewerkschaftsgedankens, weil jeder Egoismus auf diese Weise verloren gehen muß und nur Egoisten und Unterstützungsmenschen erzogen werden. Öffentlich wird man in den genannten wie allen anderen Ortsgruppen diese Gefahr erkennen und praktisch demgemäß handeln.

Es gibt keine ungerechtere Unterstützungsart wie die für Aussehtage, wir wir noch an einigen Schulbeispielen nachweisen wollen. Zum Beispiel: In einem Betrieb muß ein Mitglied jede Woche einen Tag oder 10 Stunden aussetzen und erhält dafür Unterstützung vom Verband. In einem anderen Betrieb wird nur acht Stunden täglich (von 10) gearbeitet; der betreffende Kollege hat also 8 x 2 = 16 Stunden

pro Woche Ausfall und erhält nichts. Ebenso ist es bei Lohnkürzungen.

Noch ungerechter wirkt die Unterstützung gegenüber den schlecht entlohnten Mitgliedern, wenn gutgelohnte Arbeiter die Aussehtageunterstützung beziehen. Bei einer solchen Unterstützung würde z. B. folgender Fall an der Tagesordnung sein: Ein Arbeiter der im Durchschnitt 5 Mark pro Tag verdient, muß wöchentlich einen Tag aussetzen; erhält bei 25 Mt. Wochenlohn aber die Unterstützung, während ungezählte Verbandsmitglieder weniger pro Woche verdienen, aber garnichts erhalten, obgleich sie die gleichen Beiträge zahlen.

Mit logischem Recht haben viele Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes gesagt und gefordert, wenn für volle Aussehtage Unterstützung bezahlt wird, so muß sie auch für halbe Tage und für jede ganze, halbe oder Viertelstunde konsequenterweise auch gewährt werden. In letzter Konsequenz auch für die Lohnreduzierungen, so daß die Organisation schließlich jedem Mitglied einen bestimmten Wochen- oder Jahreslohn zu garantieren hätte. Die Undurchführbarkeit und Unsinnigkeit eines solchen Gedankens bedarf keiner weiteren Darlegung. Wenn diese Utopie überhaupt verwirklicht werden könnte, hätte der Verband selbstverständlich auch ein volles Anrecht auf jeden Pfennig Mehrverdienst aus Überstunden, Doppelschichten und Lohnerhöhung bei guter Konjunktur. Die Organisation würde mithin eine Generalinstanz sein, die die Arbeitskraft ihrer Mitglieder aufkauft und sie an die Unternehmer weitervermittelt.

Man ersieht daraus, zu welchen Unsinnigkeiten diese Auswüchse der Erwerbslosenunterstützung führen müssen. Deshalb zurück von diesem falschen Wege, wo er in unserm Verband betreten wurde. Auch aus lokalen Mitteln darf ein solcher Unfug im Unterstützungswesen nicht getrieben werden, denn das Lokalvermögen besteht ebenso gut aus Arbeitergrößen, wie das Geld in der Zentralkasse und kann zu besseren Zwecken verwandt werden. Wir verweisen in dieser Sache noch besonders auf die diesbez. Verhandlungen und Beschlüsse der Nürnberger Bezirkskonferenz, die in der vorliegenden Nummer veröffentlicht sind. (Red.)

Die jetzige Stellungnahme des sozialdemokratischen Verbandsvorstandes zur Unterstützung der Aussehtage mag unsern Mitgliedern deutlich zeigen, daß unsere Verbandsleitung wie die Generalversammlungen von Anfang an die richtige Taktik eingeschlagen haben, als sie diese Art der Erwerbslosenunterstützung aus unserm Verband fernhielten. Damit war dem Interesse der Gesamtkollegenchaft besser gedient und der eigentliche Zweck und die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht in den Hintergrund gedrängt.

Von diesem Fundamentalsatz unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit soll uns auch in Zukunft keine unläutere Konkurrenz der Gegner abbringen. Hoffentlich wird jetzt aber auch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband das Falsche seiner bisherigen Taktik einsehen und in Zukunft eine andere, gesunde Finanzpolitik betreiben. Dem straff organisierten und kapitalmächtigen Unternehmertum in der Metallindustrie gegenüber ist das im Interesse der Gesamtmetallarbeiterchaft zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden.

### Bericht

### des Ausführenden des Gesamtverbandes für 1908.

II.

#### Mit der Frage der Grenzstreitigkeiten

hatte sich die letzte Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes sehr eingehend zu beschäftigen. Im Verlaufe des Jahres hat sich doch herausgestellt, daß in manchen Orten und Bezirken viel mehr Aufhebens mit den Grenzstreitigkeiten gemacht wird,

als die Sache es verdient. Insgesamt dürften in der christlichen Gewerkschaftsbewegung kaum mehr als 3000 Arbeiter einer für sie nicht zureichenden Organisation angehören. Das hat schließlich in Hinblick auf die Gesamtzahl der christlich organisierten Arbeiter nicht viel zu bedeuten, und die Zeit für manchen Erfolg und manche mit Grenzstreitigkeiten sich befaßende Sitzung und Versammlung hätte vielleicht produktiver zur Gewinnung der noch nach zehn- und hunderttausenden zählenden unorganisierten Arbeiter verwendet werden können. Zudem sind Beschlüsse durch die Gesamtbewegung, bezüglich der Ueberführung von Arbeitern in einem andern Verbands, in den weitaus meisten Fällen unangebracht. Die Gesamtbewegung kann den einzelnen ihr angeschlossenen Organisationen nur vorse den Rahmen umschreiben, innerhalb welchen sie ihre agitatorische Wirksamkeit entfalten dürfen. Mit konkreten oder gar abstrakten Beschlüssen ist der Frage der Grenzstreitigkeiten absolut nicht zu begegnen. Dafür ist die Produktion zu mannigfaltig und zu vielen lehrmäßigen und sonstigen Annäherungen ausgesetzt, wodurch immer wieder neue strittige Arbeitergruppen entstehen.

Dann kann infolge des Bestehens der drei Gewerkschaftsrichtungen und der verschiedenartigen in Deutschland anzutreffenden Organisationsformen (Berufsbünde, Berufs- und Industrieverbände), mit durchaus ungleichmäßigen Beiträgen und Unterstützungsleistungen, eine allseitig wünschenswerte Organisationsform nicht durch Beschlüsse herbeigeführt werden, auch die verschiedenartige geschichtliche Entwicklung und ungleichmäßige Ausbreitung der einzelnen Verbände steht einer solchen Lösung entgegen. Unter Berücksichtigung all dieser Komplikationen und Vermisungen muß in der Hauptsache, zwischen den einzelnen Verbänden, unter eventueller Mitwirkung des Gesamtverbandes, von Fall zu Fall eine Verständigung herbeigeführt werden. Dabei muß allerdings etwaiger kleinlicher Egoismus sich dem Bewußtsein unterwerfen, daß alle Verbände gemeinschaftlich eine geschlossene Bewegung bilden, die von einem einheitlichen Ziele befeuert ist. Von diesem Gedanken getragen wird und muß sich stets eine Verbindungsbasis finden lassen.

**Konferenzen und Agitation**

Sitzungen des Ausschusses fanden im Jahre 1908 statt, solche des Vorstandes zwölf.

Die kürzlich internationale Konferenz ist bereits an anderer Stelle besprochen; daneben fanden noch eine Anzahl anderer wichtiger Konferenzen statt, die durch den Gesamtverband einberufen oder durch ihn beauftragt waren, von denen nur folgende erwähnt seien: eine Konferenz zur Besprechung des Problems der öffentlichen gesellschaftlichen Arbeitslosenversicherung, eine Konferenz zur Regelung der Organisationsfrage für die Steinarbeiter, eine solche zur Besprechung der Organisationsverhältnisse in Oberschlesien, eine zweitägige Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftspressen und die Badische Landeskonferenz. Ueber die Veranstaltungen wurde seinerzeit meist im Zentralblatt berichtet, so daß ein weiteres Eingehen auf sie an dieser Stelle sich erübrigt.

Diejenigen Konferenzen, die in einer großen Anzahl Orte und kleineren Bezirken stattfanden, und an welchen Vertreter des Gesamtverbandes durch Vorträge u. m. m. wirkten, können nicht einzeln aufgeführt werden. Nur einige allgemeine Bemerkungen über Konferenzen überhaupt erscheinen angebracht. Die Einberaumung von Konferenzen für größere Gebiete empfiehlt sich in der Regel nur selten. Für einen Tag ist bei solchen Konferenzen die Zeit unzureichend, und eine längere Tagung ist in den meisten Fällen der Kosten und anderer Umstände wegen nicht möglich. Bei Konferenzen, zu denen die Ortsstellen und Delegierten die Delegationskosten bestreiten müssen, wird, was verständlich und auch lobenswert ist, so gut als möglich zu sparen versucht. Aus eigenen Mitteln können die meisten Konferenzteilnehmer sich Zubußen nicht gestatten. So kommt es dann vor, daß die Kollegen aus weiterer Entfernung, die der Konferenz vorausgegangene Reise zur Bahnfahrt benutzen, und dann der Tagung selbst nicht mit der erforderlichen Frische zu folgen vermögen. Damit wird schon dem Zwecke der Konferenz Abbruch getan. Auch müssen die gleichen Kollegen, und am nächsten Tage wieder an ihrer Arbeitsstelle sein zu können, nicht selten die Konferenz wieder frühzeitig verlassen, so daß für die Gesamtheit der Konferenzteilnehmer kaum mit einer längeren als 4-5 stündigen Tagungszeit gerechnet werden kann. Und dafür sind die Kosten schließlich denn doch zu erheblich.

Mit diesen Ausführungen wollen wir uns nicht gegen jedwede größeren Landeskonferenzen ausgesprochen haben; unter gewissen Umständen können diese notwendig sein und auch sehr fruchtbringend wirken. Aber von einer zu häufigen Veranstaltung und Wiederholung muß abgeraten werden, wenn nicht besondere Gründe eine Konferenz dringlich erscheinen lassen. Viel wirksamer und von größerem Erfolg sind Bezirksverbände und Vertrauensmännerkonferenzen enger begrenzter Bezirke, wenn sie richtig vorbereitet sind und dabei für jeden Ort ein praktisches Ziel gesteckt wird, das durch Zusammenwirken der Kräfte in absehbarer Zeit erreichbar ist. Ueberhaupt

vorhergehend über ihren Zweck klar sein. Eine Konferenz auf das Geradenwohl zu veranstalten, in der Annahme, daß die Aussprüche irgendwie ein praktisches Ergebnis zeitigen, ist auf jeden Fall unangebracht.

**In Agitation**

Ist durch den Gesamtverband im Berichtsjahr geschehen, was mit seinen Mitteln möglich war. Dadurch, daß unsere Bewegung in Deutschland noch ungleichmäßig verbreitet ist, tritt an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die Aufgabe heran, in Bezirken, in denen den einzelnen Verbänden die Betreibung einer wirksamen Agitation nicht möglich ist, die erforderliche Vorarbeit zu leisten. Dieses wird heute noch größtenteils verkannt. In Kreisen der kleineren Verbände wird mitunter die Meinung vertreten, die Bezirkssekretäre des Gesamtverbandes arbeiteten hauptsächlich für diejenigen Organisationen, die vermöge ihrer Ausbreitung und Mittel überall selbst mit eigenen Mitteln eingreifen könnten. Das ist durchaus unzutreffend. In einer ganzen Anzahl von Bezirken Deutschlands sind die christlichen Gewerkschaften den Arbeitern noch völlig unbekannt. Hier muß eine unsäglich zähe und ausdauernde Pionierarbeit geleistet werden, wenn die fraglichen Gebiete den einzelnen Verbänden nicht dauernd verschlossen bleiben sollen.

Die Erfolge zeigen sich nicht überall in dem gleichen Maße wie im Westen und Süden Deutschlands. Dort stand einerseits ein größerer Teil der Tagespresse den christlichen Gewerkschaften günstiger gegenüber und haben andererseits auch andere Vereine (konfessionelle Arbeitervereine, Volksvereine u. dgl.) den christlichen Gewerkschaften Vorarbeit geleistet. Diese Voraussetzungen treffen für die Bezirke, in denen die Gesamtverbandssekretäre wirken, insbesondere im Norden Deutschlands, fast nirgends zu. Den christlichen Gewerkschaftsgedanken allgemein zu popularisieren und soviel als möglich Vertrauensmänner für die einzelnen Verbände zu gewinnen, ist die Hauptaufgabe der Bezirkssekretäre des Gesamtverbandes. Auf dem solcherart vorbereiteten Terrain weiterzubauen, obliegt in der Hauptsache den einzelnen Verbänden. Und obige Tätigkeit kommt schließlich allen Organisationen gleichmäßig zu Gute. Geordnetem Vorgehen der Gesamtverband fünf Bezirkssekretariate, und zwar in Norddeutschland (Hamburg), Mitteldeutschland (Erfurt), Schlesien (Breslau), Bayern (München) und Württemberg (Stuttgart). Das letztere Sekretariat wurde im Berichtsjahre auf Drängen der in Baden und Württemberg wirkenden Sekretäre der einzelnen Verbände errichtet.

Mit der Unterhaltung dieser Sekretariate hat Gesamtverband weitgehende agitatorische Verpflichtungen übernommen, die fast die Grenze seiner Leistungsfähigkeit überschreiten. Eine flüchtige Betrachtung des Rechnungsbuches zeigt nämlich, daß neben der Agitation dem Gesamtverband auch andere Aufgaben in großer Zahl obliegen, für die die erforderlichen Mittel bereitgehalten werden müssen. Womit allerdings nicht verkannt werden soll, daß noch einzelne Bezirke Deutschlands mit Recht Vorbereitungsarbeit durch die Gesamtbewegung erwarten. Neue Organisationen gliederten sich im Berichtsjahr der Gesamtbewegung an. Die Mahener Berufsvereinigung der Steinarbeiter, die sich wohl in nicht allzuferner Zeit dem Keramarbeiterverbände anschließen dürfte, und der Zentralverband der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Eis. Eisenfeld), der sich anfangs Dezember bildete. Dem letzteren Verbände sind gleich in den ersten Gründungswochen circa 4000 Mitglieder beigetreten. Unter der letzteren Arbeitergruppe ist der Boden für die christliche Gewerkschaftsbewegung sehr günstig; es bedarf nur der nötigen Aufklärung, die den deutschen Eisenbahnhandwerkern und Arbeitern seither mit den edelsten Mitteln vorenthalten wurde.

**„Zentralblatt“, „Prjaciel Robotnikow“ und „L'italiano in Germania“**

Den letzten Breslauer Kongress der christlichen Gewerkschaften beschäftigte der Antrag, das Zentralblatt möge achttägig herausgegeben werden. Auch im letzten Jahre gelangten mehrfach bezügliche Wünsche an den Ausschuss, für deren Realisierung ist indes auch heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Eine acht- oder zwölftägige Herausgabe des Zentralblattes dürfte sich kaum empfehlen; das Zentralblatt wird häufiger in die Lage versetzt, zu schwierigeren und weitverzweigten Fragen Stellung nehmen zu müssen, was nur durch umfangreichere Artikel geschehen kann und auf einem zu beschränkten Raum nicht möglich ist, ohne daß der übrige Stoff zu kurz kommt und das Äußere des Zentralblattes beträchtlichen Schaden erleidet. Eine achttägige sechs- oder auch nur zwölftägige Herausgabe des Zentralblattes erfordert auch bedeutende Mehrausgaben, die, solange noch dringlichere Bedürfnisse innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu befriedigen sind, vermieden werden müssen. Auch muß, bevor zu einer achttägigen Herausgabe des Zentralblattes geschritten werden kann, noch der Kreis geeigneter Mitarbeiter erweitert werden, was für unsere Bewegung auch nicht sehr leicht ist. Für bloße wissenschaftliche Abhandlungen ist schließlich das Zentralblatt ungeeignet, und trotz der neben ihrer wissenschaftlichen Bildung auch mit

der Arbeiterbewegung und ihren Bedürfnissen genügend vertraut sind, sind durchaus nicht so zahlreich wie gemeinhin angenommen wird.

Schließlich wird auch der Charakter des Zentralblattes verschiedentlich noch verkannt. Für ihn kommt es weniger darauf an, daß es über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung möglichst schnell berichtet, als daß es vielmehr bestimmte Erscheinungen zusammenfassend bespricht und die für unsere Bewegung erforderlichen Lehren daraus zieht. Für die den Gewerkschaftsfunktionären zu Agitationszwecken nötigen Informationen muß mittels anderweitiger Einrichtungen gesorgt werden.

In der Erscheinungsweise des polnischen Blattes „Prjaciel Robotnikow“ ist in den letzten Wochen eine Veränderung eingetreten; es wird bekanntlich achttägig herausgegeben. Von den polnischen Kollegen wurde stets eine Vergrößerung des Formats beantragt, ohne daß jedoch die Zahl der polnischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine Steigerung erfuhr. Dann gab der Gewerkschaftsverein der Organe heraus, so daß innerhalb der christlichen Gewerkschaften Bergarbeiter ein besonderes polnisches gewerkschaftsbewegung zwei Blätter mit polnischem Text erscheinen mit je einer nur beschränkten Auflage. Daher haben sich in den letzten Wochen der Vorstand des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften dahin geeinigt, die beiden Organe künftig an einem Orte und in einer gemeinsamen Druckerei herstellen zu lassen. Seit Ende Februar erscheinen daher die beiden Blätter im obererschlesischen Industrieviertel, in Katowitz. Durch die getroffenen Veränderungen lassen sich auf die Dauer nicht geringe Herstellungskosten sparen, die zweckmäßiger für eine intensivere mündliche Agitation unter den polnischen Arbeitern und zur Beschaffung kleinerer polnischer Gewerkschaftsliteratur verwendet werden können. Der Titel des „Prjaciel Robotnikow“ (Arbeiterfreund) wurde mit den getroffenen Veränderungen in „Prjaciel“ (Der Gewerkschaftler) umgewandelt.

Ueber das italienische Blatt: „L'italiano in Germania“ ist neues nicht zu sagen, als daß seine Auflage im letzten Jahre, infolge des schleppenden Geschäftsganges, durch den der Bedarf an italienischen Arbeitskräften in Deutschland sich verringerte, um etwa 700 Exemplare zurückging. Auf eine Auflage von über 3000 Exemplaren hat es das italienische Blatt überhaupt noch nicht gebracht, weil, als sein Redakteur sich im rheinisch-westfälischen Industrieviertel eingearbeitet hatte, er aus Preußen ausgewiesen wurde und in anderen Bundesstaaten sich nur beschränkt agitatorisch betätigen konnte. Auf schriftlichem Wege und mittels Zeitschriften allein sind aber fremdsprachige Arbeiter nicht für die Organisation zu gewinnen.

(Schluß folgt.)

**Konferenz des Agitationsbezirks Nürnberg.**

Am Sonntag den 7. März tagte unsere diesjährige Bezirkskonferenz. Zugewesen waren 18 Delegierte, und zwar von Nürnberg, Bamberg, Jülich, Marktredwitz, Nürnberg, Regensburg, Roth, Schwabach, Schweinfurt, Sulzbach, Teubitz u. Bodenwöhr. An den Verhandlungen nahm auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber teil. Die Konferenz wurde schon Samstag abends eingeleitet durch eine von circa 800 Kollegen besuchte Versammlung. Kollege Wieber sprach hier über die wirtschaftlichen Kämpfe in der Großindustrie und die Unternehmerverbände. Raum mangels halber seien hier nur einige der wesentlichsten Punkte wiedergegeben.

Der überausante Radikalismus der Sozialdemokratie hat die Arbeitgeber aufgeschreckt und zu energischer Abwehr zusammengeführt. Demzufolge sind die Arbeiterorganisationen, besonders in der Metallindustrie, von dem Unternehmervorstand an Umfang überholt worden. Während nur beim Klein- und Mittelgewerbe die Kämpfe sehr häufig mit dem Abschluß von Tarifverträgen geendet haben, hatten die größeren Kämpfe in der Metallindustrie einen ungünstigeren Ausgang. Tarife konnten in der Metallindustrie noch wenig durchgesetzt werden. Dieses erklärt sich aus der Tatsache, daß hierbei über zwei Drittel der gesamten Metallarbeiter als unorganisiert in Frage kommen. Demgegenüber haben die Arbeiter mit größerer Energie an dem weiteren Ausbau ihrer Organisationen zu arbeiten. Besonders sei darauf Bedacht zu nehmen, daß die Organisationen weiter finanziell gestärkt werden, weil nur so das Gleichgewicht gegenüber den Arbeitgeberverbänden hergestellt werden könne. Die zentralistischen Ausführungen fanden förmlichen Beifall.

Die Konferenz am Sonntag befaßte sich mit folgenden Punkten: 1. Jahresbericht des Bezirksleiters. 2. Unterstützungswesen und Beitragzahlung. 3. Neuwahl und Anträge. 4. Taktik bei Agitation und Bewegung.

Den Jahresbericht für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1908 sei folgendes entnommen:

Das Krisenjahr 1908 mit seiner harten Schule liegt hinter uns. Allen Anschein nach steht der kommende Frühling im Zeichen aufsteigender Konjunktur. Der Rückblick auf das vergangene Jahr ist ein sehr lehrreicher. Eine Reihe von Fallstellen wurden von der Krise noch in den ersten Entwicklungsstadien zum gewerkschaftlichen Leben getroffen, also nicht alle waren stürmerprob. Weniger der offene Kampf, als vielmehr die schleichende Krankheit der gelben Gewerkschaften erforderte an manchen Orten einen hohen Grad von Mannes- und Standesbewußtsein.

Es hat sich auch bei der diesmaligen Krise das vielgerühmte Unternehmervorwölken wieder im grellsten Licht gezeigt. Derselben Werke, welche vor Jahresfrist 20 bis 25 Prozent Dividende verteilten konnten, haben beim Ausgang der Krise bis zu 10 Prozent der Arbeiter auf die Straße gesetzt; darunter Arbeiter u. dgl. u. dgl. u. dgl. u. dgl.





gebeten werden sollen. — Die Beitrittung der Verhandlungen und demgemäß auch die Einberufung des Ausschusses liegt abwechselnd in den Händen der betragenden Teile.

§ 7. Das Kartell erhebt keine Beiträge, jede Zentrale übernimmt die auf sie fallenden Ausgaben.

Die Unternehmer schließen sich immer fester zusammen. Ihre Macht wird daher immer größer. Für die Arbeiter muß dieses anspornend wirken, auch ihrerseits die Gewerkschaften immer machtvoller auszubauen, damit sie den Einfluß der Unternehmerorganisationen wirkungsvoll paralysieren können.

Weitere Forderungen der Metallindustriellen.

Die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen hielt nach einem Bericht der „Arbeitsgeber-Ztg.“ Nr. 10 am Freitag, den 26. Februar 1909, im Hotel „Palladium“ zu Berlin ihre vierte ordentliche Ausschuss-Sitzung ab. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Sekretär Kommerzienrat Hoffmann-Becklin.

Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Gesellschaft in dem Berichtsjahr trotz der wiederkehrenden Konjunktur sich weiterhin günstig entwickelt hat. Die nachgewiesene Arbeiterzahl ist zwar annähernd die gleiche wie im Vorjahre geblieben, sie beläuft sich auf 184 888 gegenüber 185 631 im Jahre 1907. Der sichtbare Rückgang erklärt sich daraus, daß im Berichtsjahre auf eine genauere Feststellung der Vollarbeiterzahl Wert gelegt wurde. Die versicherte Lohnsumme dagegen hat gegenüber dem Jahre 1907 um 8 408 108 Mark zugenommen und beziffert sich für das Jahr 1908 auf 205 482 645 Mark.

Im Berichtsjahre sind der Gesellschaft neu beigetreten Mitglieder des Vereins der Schiffs- und Bootswerften Deutschlands in Hamburg, welcher dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller als angeschlossener Verein angehört. Ferner wurde hervorgehoben, daß der Bezirksverband Niederschlesien des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller für seine Mitglieder den obligatorischen Anschluß an die Gesellschaft pro 1. Januar 1909 beschlossen hat.

Die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen ausgefallenen Arbeitstage beläuft sich auf insgesamt 321 754,5, von denen 52 362,5 auf Streiks und 269 392 auf Aussperrungen entfallen. Auf Beschluß des Ausschusses ist die fahungsgemäß zulässige Höchstentschädigung von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter zu zahlen, so daß sich die Gesamtentschädigung pro 1908 auf 282 031,32 Mark beläuft. Diese Entschädigung verteilt sich auf die einzelnen entschädigten Firmen wie folgt, gemäß einem Nachtrag in Nr. 11 der „Arbeitsgeber-Ztg.“:

Table with 2 columns: Anzahl Firmen, Entschädigungsbetrag. Includes rows for 43 Firmen erhalten pr. Antrag eine Entschädg. bis 1000 Mk., 12 Firmen von 1000 bis 5000, 5 Firmen von 5000 bis 10000, 1 Firma von 10000 bis 25000, 1 Firma von 25000 bis 50000, 1 Firma über 100 000 Mk.

Da nach der vorgelegten Jahresrechnung der Entschädigungsfonds 603 545,79 Mk. beträgt, so schließt die Gesellschaft mit einem Ueberschuß von 321 514,47 Mark ab, welcher auf neue Rechnung vorzutragen ist.

Schließlich beschloß der Ausschuss noch auf Vorschlag des Ausschusses, die Gesellschaftsstatuten in 3 Punkten abzuändern.

Besonders hervorzuheben ist, daß für kleinere befreite Firmen mit 1 bis 250 Arbeitern eine höhere Entschädigung festgesetzt wurde. Bisher war der Entschädigungssatz für sämtliche Firmen ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter einheitlich festgesetzt. Er betrug 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes pro ausgefallenen Arbeitstag und streikenden Arbeiter, mit Ausnahme derjenigen Firmen, welche täglich mehr als 1000 Arbeiter ausschperrten und weniger entschädigt wurden. Der neu festgesetzte Entschädigungssatz beträgt bei Firmen mit 1 bis 10 Arbeitern 50 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes, also das Doppelte der Entschädigung, welche Firmen mit 25 und mehr Arbeitern erhalten können. Die Entschädigung erniedrigt sich in 25 Abstufungen bei einer Zunahme der Arbeiterzahl von je 10 um 1 Prozent, bis sie bei Firmen mit 251 Arbeitern den Normalfuß von 25 Prozent erreicht.

Die Erhöhung der Entschädigung für kleinere Firmen hat sich aus verschiedenen Gründen als empfehlenswert erwiesen; sie bezweckt die kleineren Betriebe abwehrfähiger zu machen, und wird hoffentlich dazu beitragen, die Störungen in der nationalen Gütererzeugung durch die Angriffe der Gewerkschaften weiter einzuschränken.

Soweit der Bericht des Unternehmerorgans. Diese Forderungen der Scharfmacher müssen die Arbeiter aufzurufen, für alle indifferenten Arbeiter das Marmensignal sein, und sollte den Leuten von ihnen in die Organisation hineintreiben. Die Arbeiter haben es selbst in der Hand, wie weit die Macht der Unternehmer gegenüber den Arbeitervertretungen steigen kann. Wenn die Arbeiter erst ihre Lage erkennen und sich alle organisieren würden, dann können die Räume des Scharfmachertums auch nicht in den Himmel wachsen. Darum hinein in den christlichen Metall-

arbeiterverband! Das muß die Antwort aller unorganisierten Metallarbeiter auf die fortwährenden Rückschlüsse des Scharfmachertums sein.

Aus der Metallindustrie.

Kupfererzeugung und -Verbrauch in Deutschland.

Nach den jüngst erschienenen „Statistischen Zusammenstellungen über Kupfer“, herausgegeben von der Firma Aron Hirsch u. Sohn in Halberstadt, gestalten sich die Ergebnisse der deutschen Kupferindustrie im vorliegenden Jahre, verglichen mit 1907, gemäß einer Zusammenstellung in „Stahl und Eisen“ Nr. 11 folgendermaßen:

Table comparing 1908 and 1907 data for Kupfererzeugung and Verbrauch in Germany. Columns include Jahr, Kupfererzeugung, Kupferverbrauch, and others.

Bei den Angaben über die Kupfergewinnung hat die genannte Firma zwar für einen kleinen Bruchteil (etwa 1000 Tonnen) wieder Schätzungen vornehmen müssen, doch stehen die Hauptziffern fest. Die Kupfergewinnung der Mansfeldischen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft allein betrug im abgelaufenen Jahre 17 988 (t. B. 19 411) Tonnen, während auf die anderen Hüttenwerke, die ihr Rohkupfer neben eigenen Erzen zum Teil aus eingeführten Erzen, Abfällen und Schwefelkieseln darstellen, 12 201 (11 882) Tonnen entfielen.

Die zum größten Teil auf Schätzung beruhenden Gesamtziffern des Verbrauches nach Verwendungsorten sowohl für den inländischen Verbrauch als auch für die ausgeführten Fabrikate stellen sich in den letzten drei Jahren ungefähr wie folgt:

Table showing consumption of copper by various industries in 1908, 1907, and 1906. Includes categories like Elektrotechnikwerke, Kupferwerke, Messingwerke, etc.

Der Anteil der maßgebenden Staaten an der Kupfergewinnung der Erde ist aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich.

Table showing the share of leading countries in copper production in 1908, 1907, and 1906. Includes Vereinigte Staaten, Mexiko, Spanien und Portugal, etc.

Darauf nahm Deutschland unter den kupfererzeugenden Ländern im Jahre 1908 wie im vorhergehenden Jahre nur noch die achte Stelle ein, während es im Jahre 1906 die siebente Stelle behauptete.

Verband des Stahlwerksverbandes im Februar 1909

Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im Berichtsmonate 397 635 Tonnen (Rohestahlgewicht); er blieb damit hinter dem Januarverbande (409 191 Tonnen) um 11 556 Tonnen und hinter dem Verbande des Monats Februar 1908 (420 508 Tonnen) um 22 873 Tonnen zurück.

Im einzelnen wurden verhandelt: an Halbzeug 105 998 Tonnen gegen 118 745 Tonnen im Januar d. J. und 108 854 Tonnen im Februar 1908; an Eisenbahnmateriale 166 662 Tonnen gegen 159 266 Tonnen im Januar d. J. und 207 562 Tonnen im Februar 1908; an Formeisen 124 976 Tonnen gegen 131 180 Tonnen im Januar d. J. und 104 092 Tonnen im Februar 1908. Der diesjährige Februarverband war also in Eisenbahnmateriale um 7396 Tonnen höher, dagegen in Halbzeug um 12 747 Tonnen und in Formeisen um 6204 Tonnen niedriger als der Verband im Vormonate. Verglichen mit dem Februar 1908 wurden in der Berichtszeit an Formeisen 20 884 Tonnen mehr, dagegen an Halbzeug 2856 Tonnen und an Eisenbahnmateriale 40 900 Tonnen weniger verhandelt.

In den letzten 13 Monaten gestaltete sich der Verband folgendermaßen:

Table showing monthly production of the steel works association from February 1908 to February 1909. Columns include Monat, Halbzeug, Formeisen, Eisenbahnmateriale, and Gesamtprodukte A.

Summary table for January and February 1909, showing production figures for Halbzeug, Formeisen, Eisenbahnmateriale, and Gesamtprodukte A.

Streiks- und Lohnbewegungen.

München. Die Sektion der Kunst- und Bauhüttenwerker nahm in der sehr gut besuchten Versammlung am 18. d. Ms. den Bericht der Kommission über den Verlauf der Tarifverhandlungen entgegen. In eingehender Weise schilderte Kollege Maschke die Ursachen des Streites, der über die Frage, ob der Tarif als abgelaufen gelte oder nicht, entstanden ist. Mit gutem Recht konnten wir von einer Kündigung des Tarifs absehen, da wir nach reiflicher Überlegung und mehrfacher Beratung der Meinung waren, daß es einer Kündigung nicht bedürfte. Wenn auch geltend gemacht wurde, daß eine Kündigung keine großen Mühen erfordert hätte, so ist darauf zu sagen, daß tatsächliche Gründe uns davon abgehalten haben. Wogegen den Gegner schon zwei Monate vorher unterrichten, wenn es nicht absolut erforderlich ist?

Bedauerlicherweise ist nun der Schiedspruch nicht in unserem Sinne ausgefallen, und diese Tariffrage müssen wir, so schwer es ist, hinhinnehmen.

Kollege Anwander, der den Verhandlungen beigewohnt hat, gab ebenfalls noch näheren Aufschluß über deren Verlauf. Er konstatierte besonders, daß seitens der Organisationen alles getan wurde, um unsere Auffassung vor dem Einigungsamt zu begründen und einen Schiedspruch, wie er tatsächlich gefallt wurde, hatte vorher keiner erwartet. — Nach längerer Diskussion kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Branchenversammlung der Kunst- und Bauhüttenwerker nahm den Bericht der Tarifkommission entgegen und erklärt, daß sie den Schiedspruch des Einigungsamtes respektiert, macht es aber jedem Kollegen zur Pflicht, in den Werkstätten darauf zu bringen, daß nicht nur die Mindestlöhne gezahlt werden, sondern darüber hinaus, wie man es mit Zug und Recht in anbetracht der allgemeinen Teuerung verlangen kann.“

Wägen die Kollegen in diesem Jahre recht eifrig mitarbeiten, um die Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen, dann wird im nächsten Jahre unsere Position eine bessere sein, als sie in diesem Jahre gewesen.

Sangerfeld. (Bei Darmen). In der Werkzeugmaschinenfabrik Hosselitz u. Co. sollten die Arbeiter 5 und 10 Prozent Lohnabzug bekommen, angeblich deshalb, weil die Firma sehr stark unter der Konkurrenz anderer gleichartiger Firmen zu leiden hätte. Die Arbeiter waren jedoch anderer Meinung, wie verlangt wurden. Der christliche Metallarbeiterverband, dem die Kollegen fast ausnahmslos angehören, trat mit Erfolg für dieselben ein, und zwar mit dem Resultat, daß der Abzug von 5 Prozent überhaupt fallen gelassen, der von 10 Prozent aber zur Hälfte zurückgenommen wurde. Einige Arbeiter belamen sogar noch Lohnerhöhung anstatt Abzug. Wiederum ein Beleg, in welcher wirksamer Weise der christliche Metallarbeiterverband die Interessen seiner Mitglieder zu wahren weiß. Die Tausende und Zehntausende von Unorganisierten, die sich die fortwährenden Lohnabzüge wehrlos gefallen lassen müssen, mögen aus Vorstehendem die richtigen Schlüsse folgerungen ziehen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Radevormwald. Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Lit an wurden am Donnerstag sämtliche Arbeiter gelöhndigt, weil sie sich weigerten, unterschrittlich sich damit einverstanden zu erklären, daß ihnen ein Lohnabzug von 20—45% gemacht würde.

Zug ist fernzuhalten.

Magdeburg. Der Streik in der Stahlgießerei des Krupp-Grusonwerkes ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. März 1909 der dreizehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. März bis 4. April fällig.

Zur Beachtung.

Die Arbeitslosenzahlkarten sind genau ausgefüllt in den Tagen vom 1. bis 4. April an die Zentrale einzulenden. Die Ortsgruppen haben die bringende Pflicht, dieses zu beachten.

Die Ortsgruppe B r a n d erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfennig. Die Ortsgruppe U l m zur Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 5 Pfg.

Die Nichtberahlung hat die Entstehung statutarischer Rechte zur Folge.

Dippstadt. Zur Beachtung für wandernde Kollegen: Mitglieder, die eventuell in Dippstadt Arbeit suchen, werden dringend gebeten, sich vorher beim Ortsgruppenvorstand zu melden.





